

Ein Deutschland, das Nein sagen kann

„Blätter“-Gespräch mit Egon Bahr

Dieses Interview hat zwei Anlässe, der eine objektiver, der andere subjektiver Art. Zu den vielen 50. und 10. Jahrestagen kommt am 9. November der Tag der „Maueröffnung“. Und am 23. November wird „Blätter“-Mitherausgeber Günter Gaus 70. Ihm widmen wir das folgende Gespräch mit dem in deutsch-deutschen Dingen so kompetenten Akteur, Zeitzeugen und – ein wichtiges ostpolitisches Stück weit – Weggefährten Egon Bahr. – D. Red.

„Blätter“: Als wir dieses Gespräch vereinbarten, ersetzten Sie unseren Arbeitstitel „50 : 10“, also 10 Jahre „deutsche Einheit“ vor dem Hintergrund des 50jährigen Bestehens der Bundesrepublik, durch die Formel 40 : 40 : 10. Darin stecken spannende Fragen. Zum Beispiel die, ob 1989 nicht nur die DDR, sondern mit ihr zugleich auch die – sogenannte alte – Bundesrepublik untergegangen oder, weniger drastisch gesprochen, „an ihr Ende gekommen“ ist.

Egon Bahr: Ich finde, in der Formulierung „50 : 10“ – oder „50 und davon 10“ – steckt eben diese wahnsinnige Überheblichkeit der alten Bundesrepublik. Denn wenn wir eine Einheit wollen, die man gemeinhin als „innere“ bezeichnet – unter der ich verstehe, daß die Unterschiede zwischen Ost und West im Gefühl, in der Mentalität denen zwischen Schleswig-Holstein und Bayern ähneln –, dann muß man akzeptieren, daß es in Ostdeutschland die Realität einer Lebensexistenz von 40 Jahren gegeben hat, muß man anerkennen, daß die Menschen in ihrer großen Mehrheit dort ein lebenswertes Leben gelebt haben.

„Blätter“: Das wird bestritten...

Bahr: Ich rede jetzt nicht von der „Stasi“. Das ist eine schreckliche Debatte, die die Vorurteile in Westdeutschland über den DDR-Staat noch bestärkt und den Eindruck erweckt, als seien die Menschen dort in toto Stasi-verseucht und müßten in sich gehen und sagen „pater peccavi“. Also: 40 und 40 – und dann 10 gemeinsame Jahre, nach denen wir feststellen müssen: Solange die PDS so stark und so sehr ostdeutsch geprägt ist, ist das ein Beweis, daß die innere Einheit nicht erreicht worden ist. Sie wäre – politisch – erreicht, wenn wir in Berlin etwa eine Situation hätten, wo die Unterschiede immer noch erkennbar sind, aber nicht mehr so überwiegen, also wenn die PDS in ganz Berlin 10% oder von mir aus auch 12% hätte, vielleicht 18% im Osten und 8% im Westen, aber eine in etwa gleiche Stärke, die der in ganz Deutschland entspräche. Dann hätten wir die Einheit.

„Blätter“: Wenn die Stärke der PDS Indiz für die noch ausstehende Einheit ist, was folgt daraus für den Umgang mit dieser Partei? Es gibt den Vorschlag von Oskar Lafontaine, die PDS in die Regierungsverantwortung einzubinden, auf kommunaler und Landesebene, aber auch im Bund – in der Hoffnung, diese Partei zu parlamentarisieren.

Bahr: Oskar Lafontaine hat das nicht so kategorisch gesagt wie Sie. Aber davon abgesehen halte ich es für richtig, die Parlamentarisierung der PDS zu praktizieren; bei den Grünen haben wir das, einst heftig beschimpft, ja auch mit Erfolg gemacht. Im übrigen: Ich kann doch nicht ernsthaft böse sein, wenn eine Partei, die stärker als alle anderen von kommunistischen Wurzeln herkommt, sagt, wir wollen sozialdemokratisch werden, und sich von kommunistischen Relikten befreit.

Edmund Stoiber sieht in den Landtagswahlen in Ostdeutschland und in Berlin Anzeichen dafür, daß sich längerfristig ein Dreiparteiensystem aus Union, SPD und PDS herausbilden wird. Wenn das richtig ist, dann darf es doch nicht so sein, daß die CDU bestimmt und die SPD stets als der Juniorpartner in einer Großen Koalition zu fungieren hat. Ich halte es für grundfalsch, in Ostdeutschland der PDS die alleinige Oppositionsrolle zu überlassen. Die Koalitionsvereinbarung in Brandenburg war insofern ein Fehler. Ich habe nicht vergessen, daß die SPD in Sachsen, wo die Abgrenzung zur PDS am schärfsten ausfiel, die größten Verluste erlitten hat. Und die PDS bei den Europawahlen ihren größten Erfolg hatte. Als Mitterrand 1981 die Kommunisten in die französische Regierung aufnahm, war ich auch irritiert. Aber Willy Brandt hatte schon recht, als er fragte: „Wo steht eigentlich geschrieben, daß die in einer solchen Konstellation nicht auch verlieren können?“ Und sie haben verloren. Summa summarum: In der PDS-Frage würde ich mich nicht zum Gefangenen der Union machen lassen.

„Blätter“: Hinter diesem PDS-Exkurs steht die Frage nach der „inneren Einheit“ einer „neuen Bundesrepublik“. Was ist eigentlich aus der „alten“ geworden?

Bahr: Die existiert jetzt schon nicht mehr. Natürlich ist die Verfassung die gleiche, sind die Bundesorgane die gleichen geblieben. Aber: Daß Deutschland ein bißchen größer geworden ist, daß es seine staatliche Einheit erreicht hat und seine innere Einheit erreichen will, daß die Bundeshauptstadt Berlin heißt, all das sagt mir, daß die Bundesrepublik sich verändert, daß man von einer Berliner Republik wird sprechen können.

„Blätter“: Vor 1989 wurde über die Frage der staatlichen Organisation der Deutschen und ihres Gewichts in Europa ja ganz anders gesprochen und wohl auch gedacht. Wir hatten eine Situation, in der das europäische Gleichgewicht oder – besser gesagt – europäische Stabilitätserwartungen auf der deutschen Zweistaatigkeit und dem Gegenüber zweier Blöcke aufbauten. Daß die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates so glatt über die Bühne ging, ohne energischeren Widerstand von außen – war dies nicht allein deshalb möglich, weil die Bundesrepublik eben weiter existiert bzw. weiter existieren sollte? Weil die Bundesrepublik zur Verfügung stand, als die Plattform, auf der es fortan weitergeht, während die DDR eben am Ende war? Noch weiter zugespitzt: War es nicht ein Aktivposten, daß man auf dem Fundament der Bundesrepublik aufgebaut bzw. sich in deren Tradition der Westintegration gestellt hat, statt einfach 40 : 40 abzuschließen?

Bahr: Das ist eine ganz akademische Frage, denn Sie hatten die erfreuliche Tatsache, daß diese Bundesrepublik Deutschland erstens größer war, zweitens stabiler, drittens zu den Siegern im Systemkampf gehörte. Das östliche System

ist weg, zusammengebrochen, implodiert, genauer gesagt. Darüber kann man ja gar nicht unterschiedlicher Meinung sein. Im Grunde hat die deutsche Einheit – 1990 staatsrechtlich und am 5. März 1991 völkerrechtlich vollzogen, als die seit der Kapitulation von 1945 geltenden Vorbehaltsrechte der Drei Mächte außer Kraft gesetzt wurden – das Ende der Sowjetunion vorweggenommen, die eben zu schwach war, ihr Deutschland noch zu halten und zu kontrollieren.

„Blätter“: Die „Einbindung“ der Deutschen war nach 1945 immer eine doppelte, ost-westliche. Welche Zukunft geben Sie der Westeinbindung ganz Deutschlands?

Bahr: Die Sieger haben ihr Ziel von 1945, daß von Deutschland nie wieder Kriegsgefahr ausgehen sollte, erreicht. Der NATO oblag nach dem berühmten Wort ihres ersten Generalsekretärs Lord Ismay die Aufgabe, „to keep the Americans in, the Russians out and the Germans down“. Das ist geschehen. Gorbatschow hat Deutschland in die Kontrolle der NATO entlassen, weil Moskau selbst nicht mehr stark genug dazu war mit zu kontrollieren. Deutschland als einziges Bündnismitglied, das seine gesamten Streitkräfte voll den Kommandostrukturen unterstellt hat, ist allein nicht mehr kriegsführungsfähig. Keiner seiner Nachbarn muß Angst vor der militärischen Kraft Deutschlands haben.

„Ich bin der Auffassung, daß die NATO ein Stabilitätsfaktor ist“

„Blätter“: Zwischen Kriegs- und Nachkriegsgenerationen gibt es unübersehbare Wahrnehmungs- und Bewertungsunterschiede in der nationalen Frage und der Frage der „vollen Souveränität“. Uns hat es im Laufe der Zeit eingeleuchtet, daß die Einbindung der Bundesrepublik, Deutschlands, in eine übergeordnete Struktur wie die NATO für die Stabilität in Europa notwendig sei. Hier stellt sich die Frage, ob das ein temporärer Zustand oder auf Dauer angelegt, ob dieser Zustand gefährdet oder gesichert ist. Manches, was Sie schreiben oder sagen, klingt so, als müßten wir da raus, weil es sich im Grunde um eine Fortsetzung von Siegerrechten handele.

Bahr: Nein. Ich bin der Auffassung, daß die NATO ein Stabilitätsfaktor ist. Erstens sind wir Verpflichtungen und vertragliche Bindungen eingegangen, und es wäre völlig sinnlos, irgendeinen Kampf gegen diese vertraglichen Bindungen führen zu wollen – für was auch, für eine freischwebende, neutrale Bundesrepublik? Es wäre zudem gefährlich und würde uns nur davon abhalten, unsere Interessen zu verfolgen. Meine Überlegungen laufen in die entgegengesetzte Richtung. *Verteidigungspolitisch* sind wir Mitglied der NATO und bleiben es. *Wirtschaftspolitisch* sind wir Mitglied der EU und bleiben es. Beides entspricht unseren Interessen. *Währungspolitisch* haben wir die starke D-Mark zugunsten des Euro aufgegeben. Da wir also weder währungspolitisch noch militärisch ein Bedrohungsfaktor für irgendeinen unserer Nachbarn sein können, sind wir völlig frei, ansonsten unseren Interessen zu folgen. Und das herausragende Interesse lautet: Stabilität in Gesamteuropa. Das heißt für mich automatisch: keine weitere Ausweitung der NATO nach Osten. Da Deutschland souverän ist und keine Bedrohung darstellt, kann es zur Erweiterung der NATO Nein sagen.

Wenn die Amerikaner Nein sagen, was die baltischen Staaten angeht, stellt das niemand in Frage. Wenn Frankreich Nein sagen würde zu irgendeinem Staat, der in die NATO will, aber nach französischer Auffassung besser nicht hineinkäme, dann heißt das auch Nein. Aber ein deutsches Nein? Schon bei der bloßen Vorstellung fangen viele an zu zittern: Können wir das? Dürfen wir das?

„Blätter“: Diese Angst sehen Sie in Deutschland. Im Ausland nicht?

Bahr: Das weiß ich nicht. Vielleicht wäre man erstaunt, wenn die Deutschen sich zum ersten Mal trauten. Wir können das Interesse an der gesamteuropäischen Stabilität erreichen oder wenigstens entscheidend dazu beitragen. Die Kraft reicht aus. Und zwar deshalb, weil wichtige Entscheidungen in Europa nicht gegen den erklärten Willen Deutschlands passieren können.

„Deutschland ist eine faktische Vetomacht“

„Blätter“: Sie haben die heutige Situation der Bundesrepublik sogar mit der von Frankreich unter de Gaulle verglichen.

Bahr: Ja. Deutschland ist eine faktische Vetomacht. Aber die Macht reicht nicht aus, um positiv etwas zu erzwingen. Dazu braucht man Verbündete. Und das ist ein Zustand, mit dem ich sehr zufrieden bin. Er gibt uns genügend Spielraum.

„Blätter“: Wenn ich Ihr Buch „Deutsche Interessen“ richtig verstanden habe, dann sehen Sie einen Widerspruch zwischen dem deutschen vitalen Interesse an gesamteuropäischer Stabilität und dem Interesse Washingtons, das damit nicht parallel läuft. Wenn man jetzt in Betracht zieht, daß es in der NATO auch unterschiedliche Gewichte gibt – daß, wie man im Fall Kosovo gesehen hat, die USA da durchaus dominierend sind: Wo führt dieser Widerspruch hin?

Bahr: Na, mein Gott: Das führt unter Umständen dahin, festzustellen und sich klar zu werden, daß in diesem Punkte die amerikanischen und die europäischen inklusive der deutschen Interessen nicht übereinstimmen. Na und? Dann muß man das in Ruhe austragen, und wer davor zittert und das nicht will, der soll das Protektorat Europa fortsetzen, von dem Herr Brzezinski geredet hat. Dieses Protektorat ist die Realität, sicherheitspolitisch. Das ist zwar nicht fein, aber es ist ehrlich. Man kann ja durchaus der Auffassung sein, daß es sich im Protektorat gar nicht so schlecht lebt. Wenn man nett und anständig ist, war das schon immer so. Seit den Zeiten des Römischen Reiches waren die Hilfsvölker gut bedient, wenn sie anständig und nett waren und ihren Obulus entrichteten und Hilfstruppen stellten. Doch wenn man das will, darf man nicht von Selbstbestimmung, von der Europäisierung Europas reden, denn das ist dann reine Heuchelei. Natürlich kann es im amerikanischen Interesse liegen, daß die Schutzbedürftigkeit Europas wächst, indem es eine potentielle Konfrontation mit Rußland gibt. Das läßt sich durch Wiederauflage der Osterweiterungsdebatte erreichen, die das gesamte russische Establishment – von ganz links bis ganz rechts – herausfordern muß. Es kommt zu Spannungen, die Abhängigkeit Europas von Amerika wächst, die Schutzbedürftigkeit nimmt zu. Das kann amerikanisches Interesse sein – europäisches ist es nicht.

„Blätter“: In der Bewertung der Westeinbindung, und ob man da heraus will, scheint es seit 1989 wieder eine Art Generationskonflikt zu geben. Für mich ist die Bundesrepublik eben – als diese westeingebundene – eine Errungenschaft, die gefährdet sein könnte. Gefährdet dadurch, daß es neue Optionen gibt oder zu geben scheint, verknüpft mit der Wiederentdeckung von Topoi wie der „deutschen Mittellage“, der „Brückenfunktion“ zwischen Ost und West etc., die ja für sich genommen sicher gut klingen, aber wenn sie zu einem Abrücken von der – eben durchaus nicht selbstverständlichen – Verankerung und Konsolidierung im Westen führen, die die „alte“ Bundesrepublik kennzeichnen, dann stecken darin Gefahren. Muß man unter diesem Aspekt nicht doch die 40 Jahre hüben und die 40 Jahre drüben sehr unterschiedlich gewichten, auch für die Zukunft? Ist es nicht eine wichtige *Entscheidung*, daß – oder ob – die neue Bundesrepublik in der Tradition der alten steht? Daran hängen Schwierigkeiten, die wir alle sehen! Vor allem aber durchaus nicht allein die Frage der Akzeptanz der Einheit in Ostdeutschland. – Halten Sie das, was an Parlamentarisierung, an demokratischen Institutionen, an Anschluß an die fortgeschrittenen Demokratien gelungen ist in diesen 40 Jahren Bundesrepublik, für vollkommen stabil, egal in welcher Position die Bundesrepublik – oder Deutschland – sich künftig verortet?

Bahr: Ich wünsche mir, daß das stabil bleibt. Zweitens: Ich halte es noch nicht für gesichert, sofern es nicht gelingt, die sozialen Systeme wirklich zu stabilisieren und die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, weiter zunimmt. Solange das nicht geklärt ist, halte ich's noch nicht für gesichert. Dieses System, das uns von den Siegern 1945-49 übergestülpt worden ist...

„Blätter“: ...zu unserem Glück...

Bahr: ...ja, natürlich zu unserem Glück – dieses System haben wir uns angeeignet, es ist unser eigenes geworden. Und insofern ist die Situation der Bundesrepublik mit Weimar überhaupt nicht mehr vergleichbar. Das halte ich für akzeptiert, und ich würde es auch gar nicht in Frage stellen.

„Blätter“: Aber hier haben wir jetzt eine innerdeutsche Spaltung, oder Ungleichzeitigkeit. Die Frage, wie die Ostdeutschen hineinwachsen in das, was im Westen vierzig Jahre lang wachsen konnte – wie das tatsächlich erreicht werden kann, oder ob das womöglich die falsche Formel ist! Weil sie Status-quo-Denken und Hochmut im Westen fördert und die Leute im Osten abstößt.

„Die begangenen Fehler sind unrevidierbar“

Bahr: Man muß das unter zwei Gesichtspunkten sehen. Erstens: Die Ostdeutschen haben keinen Grund, sich zu beklagen – sie wollten das. Es ist ja nicht so gewesen, daß die Westler mit den Hufen gescharrt hätten. Es waren die Ostdeutschen, die gesagt haben, wir wollen so schnell wie möglich Bundesrepublikaner werden: Entweder kommt die D-Mark zu uns, oder wir gehen zur D-Mark! Die Ostdeutschen wollten die Einheit so schnell wie möglich: keine lange Verfassungsdiskussion, sondern Artikel 23. Zweitens: Ich bin der Auffassung, daß man die außenpolitische Seite der deutschen Einheit nicht besser hätte machen können, ganz im Gegensatz zur innenpolitischen. Dort wurde

fast jeder denkbare Fehler begangen. Der erste war die Umrechnungsquote der DM zur Ostmark ...

„Blätter“: Die Forderung nach einem Umtausch 1 : 1 kam aus dem Osten ...

Bahr: Aber das mußte man ja nicht so machen. Es war ein echter volkswirtschaftlicher Fehler. Ein weiterer Fehler bestand in dem Prinzip *Rückgabe vor Entschädigung*. Das ist, wenn Sie so wollen, der Eigentumsfanatismus oder Eigentumsfundamentalismus dieses Landes! Frankreich, wo man ein sehr besonderes Verhältnis zum Privateigentum hat, hat nach Kriegsende zum Wiederaufbau von Städten Grund und Boden enteignet, gebaut, verkauft und von den Erlösen Entschädigungen gezahlt. Unser Fehler hängt uns immer noch nach. Das hat Zeit gekostet und kostet noch immer Zeit, denn wer investiert schon, wenn die Eigentumsverhältnisse nicht geklärt sind. Und es kostet ein irrsinniges Geld, auch weiterhin.

„Blätter“: Es handelt sich da auch um eine Form der Umverteilung.

Bahr: Das kommt noch hinzu. Die SPD wollte das ja seinerzeit nicht. – Dahinter steckt das fast völlig fehlende Bewußtsein für das Problem der Mentalitätsunterschiede. Die spielten in den damaligen Diskussionen und Entscheidungen keine Rolle, weil man von der – falschen – Annahme ausging: Die wissen doch, wohin sie wollen! Die haben doch millionenfache Besuche gemacht! Aber die Deutschen haben sich bei diesen Besuchen immer nur das Sonntagsgesicht gezeigt.

Niemand hat uns übrigens gedrängt, *innenpolitisch* in einer bestimmten Art oder einem bestimmten Tempo vorzugehen. Das war unsere ureigene Entscheidung. Ich bin nach wie vor der Auffassung, daß es besser gewesen wäre, wenn damals die großen Parteien zusammengewirkt hätten, auch unterhalb einer formellen großen Koalition. Wenn nicht in dieser einmaligen Sonderlage unseres Volkes, wann dann?

„Blätter“: Die Fehler sind gemacht. Was läßt sich noch revidieren? Und auf welche Weise?

Bahr: Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß die begangenen Fehler unrevidierbar sind. Irreversibel! Es sind inzwischen so viele Rechtsakte erfolgt, das läßt sich nicht zurückdrehen. Dazu ist es zu spät. Ich habe den Entwurf von Günter Gaus' Rede zum Tag der Deutschen Einheit 1991 gelesen. Die Fehler waren schon damals erkannt, aber an den Problemen hat sich nichts geändert. Ich habe 1992 in Dresden eine Rede gehalten – „Nachdenken über das eigene Land“. Die habe ich fünf Jahre später zum großen Teil unverändert vorgelesen. Erschreckend!

„Einem ganzen Volk wurde der Eindruck vermittelt: Eure Elite ist keine Elite“

„Blätter“: Muß man die Liste der Fehler nicht noch hinsichtlich des Schicksals der Funktionsebenen erweitern, die ja komplett ausgetauscht worden sind? Die Kräfte, die da mal am Runden Tisch saßen, haben keine Funktion mehr. Die Funktionen werden, ob in Wissenschaft oder Politik, weitgehend von Menschen übernommen oder z.Z. vertreten, die aus dem Westen importiert worden sind.

Wie kann man unter solchen Bedingungen überhaupt erwarten, daß so etwas wie ein sich Einfinden der Bevölkerung der Ex-DDR in eine westliche politische Kultur funktionieren kann?

Bahr: Fontane hätte gesagt: Das ist ein weites Feld! Ein weites Feld aus folgenden Gründen: Es ist unerhört – und es gibt nach meiner Kenntnis keine Entsprechung irgendwo auf der Welt –, daß dieses Volk in Ostdeutschland in einem Maße enteignet worden ist, daß nur 5% des Produktionsvermögens Ostdeutschen gehören, 95% gehören Westdeutschen oder Ausländern. Wo gibt's denn das? Wenn man da von Kolonialismus spricht, ist jedenfalls eine Voraussetzung erfüllt, nämlich die Enteignung oder Beherrschung der Produktionsmittel. Zweiter Punkt: Wo hätte denn das Kapital herkommen sollen? In Ostdeutschland gab es das doch nicht. Das konnte doch nur aus dem Westen kommen. Das ist die andere Seite der Medaille. Zu fragen bleibt: Was hätte geschehen müssen, um Ostdeutsche in die Lage zu versetzen, Kapital zu bekommen, zu bilden und sich zu beteiligen?

Was die DDR-Eliten betrifft: Wenn die ehemalige DDR funktionieren sollte, dann war es eigentlich unausweichlich, daß Leute aus West- nach Ostdeutschland geschickt wurden, die das westdeutsche System kannten. Wieder ein Stück Kolonialismus. Aber unabdingbar, wenn es schnell gehen sollte. Denn die Marktwirtschaft war für die Menschen in der ehemaligen DDR natürlich ein Buch mit sieben Siegeln. Die Vokabeln, die Inhalte, die damit verbunden wurden, die Funktionsmechanismen – all das war völlig unbekannt.

Man hat bei dieser Gelegenheit die ostdeutschen Eliten, die es gab, zum Teil schändlich behandelt. Also, ich kenne eine ganze Reihe von Fällen, da sind etwa Leute aus den Universitäten rausgekippt worden. Gut, die waren SED-Mitglieder, das war für die Elite normal und notwendig, und es waren darunter sehr viele anständige Menschen, glänzende Wissenschaftler, anerkannt von ihren Studenten, die dafür eintraten, daß sie ihre Funktion behielten, und trotzdem sind sie evaluiert, „abgewickelt“ und verdrängt worden – mit dem fabelhaften Ergebnis, daß z. B. in einem der mir bekannten Fälle die Amerikaner einen Experten nach Westpoint an die Militärakademie holten. Dafür war der gut, und bei uns durfte er nicht mehr lehren. Auch die Wirtschaft hat zugegriffen.

Ich habe mich vergeblich um die Übernahme einiger weniger, einzeln überprüfter Generäle oder Admirale der Nationalen Volksarmee in die Bundeswehr bemüht. Wir haben ja bei der handverlesenen Auswahl von Wehrmachtsgenerälen für die Bundeswehr keine schlechten Erfahrungen gemacht. Warum durfte das nicht geschehen? Das war dieses entsetzliche Freund-Feind-Denken im Systemgegensatz, von dem wir bis heute infiziert sind. Ein weiteres Beispiel: das Außenministerium der DDR. Natürlich hat es dort Funktionäre gegeben, die im wesentlichen Parteifunktionen erfüllt haben. Aber es gab auch erstklassige Diplomaten, die im übrigen in der SED waren, aber, fast darf man sagen: *deutsche* Interessen vertreten haben. Ich kenne Botschafter der DDR, mit denen wir, ohne daß sie Verrat begangen hätten, im deutschen Interesse zusammengewirkt haben. Alle mußten weg! Genscher wollte keinen Ärger haben.

Es war eine Demütigung, die einem ganzen Volk den Eindruck vermittelte: Eure Elite ist keine Elite.

„Blätter“: Sie kennen ja die Mentalität einiger der Beteiligten viel besser als wir. Inwieweit war das Kalkül, inwieweit einfach Blindheit? Konditionierung aus dem Kalten Krieg heraus? Ein Rückfall in die Klischees der 50er Jahre, zu einem Zeitpunkt, wo man Jahre, fast Jahrzehnte der Entspannung hinter sich hatte – wie ist das passiert?

Bahr: Ich habe kein fundiertes Urteil darüber. Vielleicht wirkte da sogar eine Art von unterbewußtem Schuldgefühl, daß die Bundesrepublik die nazistische Vergangenheit nicht eben ruhmvoll aufgearbeitet hat, siehe Artikel 131. Daß man gesagt hat: So machen wir's nicht nochmal. Mit dem skurrilen Ergebnis einer unwillkürlichen Gleichsetzung zwischen Nazismus und DDR, ohne Unterschiede zwischen den Bergen von Leichen und den Bergen von Akten, und dem Umstand, daß einige arme Schweine schlimmer bestraft wurden als ehemalige Nazis, die sich wirklich schuldig gemacht haben. Grotesk!

„Blätter“: Statt Einheit Gleichsetzung von Unvergleichlichem und neue Spaltung?

Bahr: Ich habe den Eindruck, daß wir uns das Ziel der inneren Einheit gar nicht mehr vornehmen sollten, so schrecklich das klingt. Aber zumindest in dieser und der nächsten Legislaturperiode ist das überhaupt nicht erreichbar. Einheit wird sich nur in dem Maße einstellen, in dem die jungen Menschen in die Wirklichkeit des neuen Staates hineinwachsen. Die mittlere Generation wird sich durchwursten, anpassen, kämpfen, zäh und hungriger als die Erben-Generation in Westdeutschland. Die einzigen Gewinner der Einheit im Osten sind ja die Rentner. Die innere Einheit ist zu einem Generationenproblem geworden.

„Blätter“: Wenn wir von 40 : 40 ausgehen, stellt sich ja nach wie vor die Frage, ob es – neben den von Ihnen angesprochenen individuellen Lebensleistungen – Dinge gibt, die in die neue Bundesrepublik eingehen sollten. Dinge, an denen man lernen kann. In dem Zusammenhang die Zusatzfrage: Es gibt – oder gab – ja immer wieder das Argument, die Menschen in der DDR seien irgendwie „deutscher“ geblieben als die Westdeutschen. Im Osten habe sich mehr erhalten an Tugenden, oder neutraler: Eigenschaften, die als spezifisch deutsch betrachtet werden. Sagt Ihnen das was?

Bahr: Ja selbstverständlich. Die Amerikanisierung hat dort nicht stattgefunden. Und die Zivilisationserscheinungen dieser modernisierenden Gesellschaft, in der das Geld mehr gilt als alles andere oder der Gewinn der Ausweis des Erfolgs ist. Aber dieses nimmt in dem Maße ab, in dem Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wird. Und wir sehen die ungeheure Assimilationskraft des *American way of life*. Inzwischen sind Hamburger im Osten genauso beliebt wie im Westen.

„Blätter“: Ihre Prognose: Bleibt was, wovon man lernen kann? Etwa von den Dingen, die Günter Gaus bei seinen Reisen in der DDR beeindruckten?

Bahr: Ich sehe nicht viel. Ich glaube, das wird schwächer. Da kann es besondere Ausprägungen geben, in der Anpassungsfähigkeit Ost und der Anpassungsfähigkeit West. Anpassen mußten sich beide Seiten. Bei den Ostlern geht es halt schneller. Sie sind auch mehr Anpassung gewöhnt. Klar, es gibt Nischen, in Ostdeutschland mehr als in Westdeutschland. Aber die weitgehende Angleichung wird dadurch nicht aufgehalten.

„Das Wichtigste an der Berliner Republik ist ihre Endgültigkeit“

„Blätter“: Was charakterisiert Ihre „Berliner Republik“?

Bahr: Das wichtigste an der Berliner Republik ist ihre Endgültigkeit. Was immer wir in Bonn gemacht haben, haben wir unter dem Vorbehalt des Provisoriums gemacht. Oder wie der erste Bundespräsident es ausgedrückt hat: des Transitoriums. Alles, was wir jetzt tun, ist zeitlich nicht begrenzt: was wir bauen, was wir an Politik machen, wie wir die Hauptstadt ausgestalten. Jetzt ist dieser Staat angelegt auf eine zeitlich nicht befristete Existenz in der Mitte Europas. Übrigens auch unter dem Gesichtspunkt, daß wir nun für unser Schicksal letztverantwortlich sind. Es ist für mich immer noch eine phantastische Sache, daß uns der Mangel an Souveränität, die wir 1945 verloren haben, so in Fleisch und Blut übergegangen war, daß wir darunter gar nicht mehr gelitten haben. Wir haben das gar nicht mehr empfunden ...

„Blätter“: Sie haben doch eine ganze Menge mitentschieden, von Bonn aus.

Bahr: Ja gut, wir haben den Spielraum erweitert. Aber eigentlich, könnte ich mit einiger Übertreibung sagen, hat es nur drei souveräne Gesten oder Akte gegeben: Der berühmte Schritt von Adenauer auf den roten Teppich, der gar nicht für ihn da war, auf dem Petersberg, damals Sitz der drei Hohen Kommissare. Der sollte demonstrieren: Wir sind auch noch da! Zweitens die Ostpolitik mit dem markantesten Punkt, daß die Vier Mächte nicht mehr imstande waren, in einer wichtigen, Deutschland betreffenden Frage allein zu entscheiden, sondern die Mitwirkung der beiden deutschen Regierungen brauchten. Beim Transit- oder Berlin-Abkommen hieß die Konstellation 4 + 2, woraus 18 Jahre später folgerichtig 2 + 4 wurde. Und schließlich der souveräne Schritt von Kohl, mit Gorbatschow souverän die Reduzierung der deutschen Streitkräfte von 600 000 auf 370 000 zu entscheiden. Aber abgesehen davon hatten wir immer eine Außenpolitik, die im Zweifel gesagt hat: Das machen wir wie Amerika. Wenn die Franzosen anderer Meinung waren als die Amerikaner, bestand unsere Souveränität darin zu sagen, wir bestehen darauf, uns nicht zu entscheiden.

Natürlich: Wenn ein junger Mensch volljährig wird, muß er sich erst daran gewöhnen. Viele fragen auch hinterher noch Papa und Mama. Aber dessen ungeachtet sind sie vor dem Gesetz voll verantwortlich für das, was sie tun oder unterlassen. Die Volljährigkeit der Staaten heißt Souveränität. Wir Deutschen sind jetzt verantwortlich, ob wir wollen oder nicht, für unser Tun oder Unterlassen in allen großen Fragen, die anstehen. Wir können uns nicht hinter den Amis, wir können uns nicht hinter den Franzosen verstecken. Aber dieses Denken fehlt mir bisher.

„Blätter“: Sie haben auf die „negative“ Souveränität der Vetomacht à la de Gaulle hingewiesen. Was können wir *Konstruktives* anfangen mit der Souveränität der „Berliner Republik“?

Bahr: Da gibt's ein tolles Beispiel. Diese unerfahrene Regierung hat als einzige im Bündnis trotz anderslautender Beschlußlage sich nicht mit dem amerikanischen Ziel und der amerikanischen Methodik abgefunden, Belgrad bis zur bedingungslosen Kapitulation zu bomben, sondern bewirkt, daß nach einer Verhandlungslösung gesucht, also der europäische Weg beschritten wurde: die fünf Punkte. Dazu zählt, daß Schröder Clinton gesagt hat: Es gibt

keine deutschen Bodentruppen, daß wir die Russen ins Boot geholt haben, daß die Völkerrechtswidrigkeit – mehr als ein Schönheitsfehler! – durch ein Mandat der Vereinten Nationen repariert werden konnte, das auch China durchgehen ließ. Das ist doch etwas sehr Vernünftiges, was wir mit dieser Souveränität gemacht haben.

„Blätter“: Unter den Bedingungen der alten Bundesrepublik läßt sich der ganze Kosovokrieg eigentlich nicht vorstellen! Aber wäre die Regierung der alten Bundesrepublik aufgrund ihrer Ratspräsidentschaft nicht ebenfalls in diese federführende Rolle gekommen? Hängt das tatsächlich so stark von der neuen Souveränität ab?

Bahr: Ja. Und von dem Gefühl der neuen Leute. Insofern ist Schröder eben wirklich nicht Kohl und Fischer wirklich nicht Kinkel. Die fühlen sich durch die Entwicklung, die die anderen durchlaufen haben, nicht so belastet und gebunden. Wenn der Schröder ganz normal von der Normalität spricht, regen sich viele auf. Ich kann das verstehen, weil die deutsche Vergangenheit nun mal belastet ist. Bloß, es ist das Natürlichste der Welt, daß wir uns benehmen wie jeder andere Staat der Welt, der seine Zukunft nicht von der Vergangenheit bestimmen läßt: also als normaler Staat.

„Blätter“: Schröder hat im Zusammenhang des Krieges eine Formulierung Kohls, aus dessen erster Regierungserklärung, fast wörtlich aufgegriffen: daß das Bündnis mit Amerika Kern deutscher Staatsräson sei.

Bahr: Das hielt ich damals für falsch, heute erst recht.

„Blätter“: Hat Schröder diese Formel Ihrer Meinung nach instrumentell eingesetzt? Oder war das einfach ein Echo?

Bahr: Ich glaube, das war ein Echo. Natürlich muß jede Regierung ein Stück Kontinuität wahren und die Verpflichtungen der alten Regierungen übernehmen. Wir sind ja in den Kosovokrieg hineingezogen worden durch Verpflichtungen, die die alte Regierung eingegangen war.

„Blätter“: Nur hatte ich den Eindruck, daß die neuen Leute es ganz gern den alten überlassen haben, diesen Punkt noch zu klären: Daß die Bundesrepublik sich da beteiligen muß ...

Bahr: Umgekehrt! Die alten Leute haben es den neuen sehr gern überlassen und sie gleich mit einbezogen. Sie hätten ja gar nicht zu fragen brauchen. In vielen Punkten sind die neuen Leute ja nicht gefragt worden, aber im Fall Kosovo war's unangenehm – da wurden sie gefragt und eingebunden.

„Blätter“: Sie haben verschiedentlich formuliert, oberstes deutsches Interesse sei es, eine Friedensordnung in Europa zu haben, die durch die Stärke des Rechts gekennzeichnet sein solle (statt durch das Recht des Stärkeren) und in der Ausreißer gemeinsam verfolgt werden ... Inwieweit paßt der Fall Jugoslawien in dieses Bild?

Bahr: Das läßt sich nur bedingt theoretisch behandeln. Wir haben das seinerzeit im IFSH (dem Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik) im Zusammenhang mit der Entwicklung des Systems der europäischen Sicherheitsgemeinschaft durchgearbeitet, als Fallbeispiel. Ich bin auch heute noch davon überzeugt: Wenn es lange genug eine europäische Sicherheitsgemeinschaft gegeben hätte, dann wären die Jugoslawienkriege vermieden worden.

Weil Herr Milošević in einer Ordnung, in der alle *verpflichtet* gewesen wären, gegen ihn vorzugehen, wenn er sie bricht, sich kaum dafür entschieden hätte, die komplette Gemeinschaft herauszufordern. Als die Konflikte in Jugoslawien 1991 begannen, war ja niemand kompetent, darauf zu reagieren. Die EU nicht...

„Blätter“: ... die aber damals ganz stolz erklärt hat: Jetzt sind wir dran!

Bahr: Das typische Gehabe eines Impotenten, der den Eindruck erwecken will, er könne was. Der EU fehlte es an Kompetenz, der WEU noch viel mehr. Und die OSZE war viel zu schwach. Das war ja das Äußerste, was sie jemals in ihrer Geschichte gemacht hat, als sie plötzlich 2000 Beobachter stellen sollte – und sie schändlicherweise nicht aufbrachte. Die theoretisch verantwortlichen Vereinten Nationen arbeiten bekanntlich sehr, sehr langsam.

„Blätter“: Aber war das nur Unfähigkeit oder Langsamkeit? Ich habe den Eindruck, daß dieses Land – unter der alten Regierung – einen nicht ganz unbedeutenden Anteil daran hat, mit der Anerkennungspolitik Genschers, gegen die sich damals auch Boutros-Ghali wandte.

Bahr: Da sind wir einer Meinung. Alle meine Freunde im Ausland, von Cyrus Vance bis David Owen, sind zu mir gekommen und haben mich beschworen: Versuch, was du irgend kannst, das zu verhindern; es ist Quatsch, es ist entsetzlich, nicht zu verantworten. Wenn ihr Slowenien und Kroatien anerkennt, wird die einzige Konsequenz sein, daß der Krieg nach Bosnien-Herzegowina übertragen wird. Genauso ist es geschehen. Dies ist in der Tat deutsche Schuld.

„Nach Mitgliedschaft drängt man sich nicht, da wird man geholt“

„Blätter“: Nun gut, aber jetzt sind wir, wie Sie sagen, wieder im UNO-System angekommen – deutsches Verdienst! Fischer, Schröder mit den fünf Punkten, mit dem G-8 usw. -Procedere. Wie soll's da weitergehen? Wir hatten den Konflikt „Internationale Staatengemeinschaft“ vs. UNO, die wegen der eben von Ihnen beschriebenen Regelungs-Lücke nicht deckungsgleich sind. Jetzt sind wir wieder auf der UNO-Plattform. Aber die Frage bleibt unverändert: Wie soll die UNO handlungsfähiger gemacht werden? Stichworte: Reform des Sicherheitsrats und deutsche Mitgliedschaft darin ...

Bahr: Erstens: Nach Mitgliedschaft drängt man sich nicht, da wird man geholt. Und eines Tages werden sie uns holen. Sie holen uns insbesondere dann, wenn Deutschland ein eigenes Profil für die Vereinten Nationen entwickelt. Wenn Deutschland fast automatisch immer an der Seite Amerikas steht, gibt es überhaupt keinen Grund für die Völkergemeinschaft, Deutschland einen Sitz im Sicherheitsrat anzubieten. Zweitens: Strukturveränderungen der Vereinten Nationen sind, wie wir wissen, ein sehr langsames Geschäft. Und das soll laufen unter dem Gesichtspunkt Stärkung des Generalsekretärs, so daß der schneller reagieren kann. Ich bin der Auffassung, daß ihm Stand-by-Streitkräfte zur Verfügung gestellt werden müssen. Die werden – das war bei Gründung der UNO auch so vorgesehen – zusammen üben müssen und eine Art von Generalstab brauchen, um schnell eingesetzt werden zu können. Das alles kann vor der Änderung der Charta der Vereinten Nationen geschehen.

Ein dringendes Gebot ist – drittens – die Stärkung der OSZE, und zwar als eine Organisation unter dem Recht der Charta der Vereinten Nationen. Die OSZE hat sich viel größere Verdienste erworben, als der Öffentlichkeit bewußt ist. Das liegt zum Teil an unserer komischen Mediengesellschaft. Wenn ich einen Krieg verhindere, ist das keine spannende Nachricht; spannend ist die Meldung vom Kriegsausbruch. Die Erfolge der OSZE in Estland und Lettland, auf der Krim, in Kirgisien, übrigens auch in Bosnien-Herzegowina, wo Konflikte vermieden wurden, diese Erfolge sind zu wenig bewußt. Die OSZE muß mit mehr Geld und mehr Kompetenzen ausgestattet werden, und daraus könnte die Basis für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem erwachsen, zumal die USA und Rußland der Organisation angehören. Die sicherheitspolitische Stabilität in Europa könnte durch diese Organisation der Sicherheit und Zusammenarbeit erhalten und garantiert werden, einschließlich des Rechts, ein Land oder eine Organisation wie die NATO zu bitten, Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, um Frieden zu stabilisieren oder den Ausbruch von Konflikten zu verhindern. Die OSZE ist ideal für Prävention, dafür, die Entstehung von Krisen zu beobachten und tätig zu werden, bevor sie zu gewalttätigen Konflikten eskalieren. Doch dieses Potential der OSZE wird nicht genutzt. Da läge ein wirkliches Feld der Aktivität für die deutsche Regierung.

„Wenn der Globus bewohnbar bleiben soll, dann brauche ich einen Ordnungsrahmen“

„Blätter“: Was halten Sie von dem Vorschlag, den Kofi Annan jetzt der Vollversammlung der Vereinten Nationen unterbreitet hat und der auf eine – wenn man so will – Anpassung des Völkerrechts hinausläuft, mit der Idee, daß das Prinzip staatlicher Souveränität keine Grenze mehr sein dürfte, hinter der Diktatoren, welchen Schlags auch immer, ihr Spiel mit den Menschen treiben; daß es vielmehr neue Möglichkeiten für die Vereinten Nationen geben müßte, da zu agieren und einzugreifen?

Bahr: Es ist für mich unbestreitbar, daß das alte Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates etwa durch einen Umgang mit Minderheit ausgehöhlt wird, der Auswirkungen auf andere Staaten hat, durch das Übergreifen des Konflikts oder durch Massenauswanderungen. Insofern ist der Vorschlag völlig richtig. Ich sage nur: Da müssen sich die Juristen hinsetzen und anfangen zu definieren, unter welchen Voraussetzungen Menschenrecht vor Staatenrecht rangiert. Und das muß in eine verbindliche Ergänzung der Charta der Vereinten Nationen einmünden. Solange das aber nicht der Fall ist, muß um alles in der Welt das gültige Recht – und das ist Staatenrecht – beachtet werden. Sonst sinken wir zurück in Chaos. Und zurück in eine Position, wo Verletzungen der Menschenrechte auch zum Vorwand genommen werden können, um eigene Machtansprüche durchzusetzen und das Recht des Stärkeren vor die Stärke des Rechts zu setzen.

„Blätter“: Die Stärke des Unilateralismus in den letzten Jahren oder die Ver- suchung, jenseits der Vereinten Nationen zu operieren, hat ja viel mit den Bal-

kan-Erfahrungen seit 1991 zu tun. Das Bild der Hilflosigkeit, das EU und UNO boten, provozierte den Ruf nach einem starken Exekutor ...

Bahr: Man muß den Amerikanern insofern Gerechtigkeit widerfahren lassen, als sie ja von Anfang an den Europäern gesagt haben: Jugoslawien ist eure Angelegenheit, macht ihr das! Als die Europäer sich als unfähig erwiesen, haben sie gesagt: Dann machen wir das eben – nach eigenem Recht und eigenen Regeln. Das alles ist eher ein Beweis für die Unfähigkeit Europas als für die Hypertrophie der Amerikaner. Das andere Problem, das damit zusammenhängt, ist ein viel ernsteres und viel prinzipielleres. Im Grunde steht Amerika vor der Entscheidung, ob es nach eigenem Recht, eigenem Interesse und eigenen Fähigkeiten der Ordnungsfaktor der Welt werden will oder ob es sich in ein weltweites Ordnungssystem einpassen will. Wenn ich das, was George Bush mal als Neue Weltordnung bezeichnet hat, akzeptiere, und das tue ich, dann heißt es automatisch, daß Amerika Teil dieser Ordnung werden muß. Im Augenblick sehe ich statt dessen, daß Amerika ein bißchen betrunken von der Position, die es – militärisch uneinholbar – erreicht hat, sagt – ich drücke das mal in meinen Worten aus - : Wo kommen wir denn da hin! Wenn wir uns unterwerfen sollen, einer zufälligen Mehrheit von Kleinen, Unberechenbaren in der Vollversammlung oder sogar im Sicherheitsrat. Stets ein Veto einzulegen, ist keine vielversprechende Strategie. Das Veto ist mit einem negativen Vorzeichen versehen. Dann lieber ein positives Veto, indem wir vor der Befassung des Sicherheitsrates entscheiden und sagen: Wir machen es, egal was im Rat passiert.

Wir stehen vor der Frage, ob es nicht richtig ist, daß es eine Weltordnung gibt, in der sich dann aber bitte auch die stärkste Macht – der das natürlich am schwersten fällt – den Ordnungsprinzipien und Regeln unterwirft.

Wenn der Globus bewohnbar bleiben soll, dann brauche ich einen Ordnungsrahmen. Und aus diesem Ordnungsrahmen darf die stärkste Macht nicht rausfallen. Die kann führen und muß führen, aber auch sie muß innerhalb dieses Rahmens bleiben. Sonst geht es im Extrem, in der logischen Konsequenz um den Punkt: Beherrschung der Welt.

Das Gespräch führten Karl D. Bredthauer und Arthur Heinrich.